



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

## Pressemitteilung

Freitag, 18. Juni 2010

Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Mai informieren.

In den letzten Wochen haben sich die herausragendsten politischen Ereignisse zwar auf Bundesebene abgespielt – erinnert sei nur an den (weiterhin nicht recht nachvollziehbaren) Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler oder die Sparvorschläge des Bundeskabinetts -, doch gibt es auch auf Landesebene einige interessante Entwicklungen.

Aufregung besteht derzeit um die Finanzierung von Altenpflegeschulen. Gerade ist gelungen, was angesichts der demographischen Entwicklung nötig ist, nämlich eine höhere Anzahl von jungen Menschen davon zu überzeugen, den Beruf der Altenpflegerin/des Altenpflegers zu ergreifen. Im laufenden Schuljahr ist die Zahl der Auszubildenden in der Altenpflege glücklicherweise um 300 Schülerinnen und Schüler, in der Altenpflegehilfe um weitere 400 Schülerinnen und Schüler im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Im Kultusministerium gab es nun Gedanken, die Förderung der Altenpflegeschulen zum kommenden Schuljahr deutlich zu senken, weil ansonsten der Haushaltsansatz von 12 Millionen Euro für dieses Jahr angesichts der gestiegenen Zahl an Auszubildenden nicht ausreichen würde. Dies aber würde das Ziel, mehr Auszubildende zu gewinnen, deutlich konterkarieren. Denn wenn diese von ihrer Brutto-Ausbildungsvergütung von 690 bis 860 Euro noch Schulgeld an ihre Berufsfachschule zu zahlen hätten, könnte sich dies durchaus nachteilig auf die Wahl des Ausbildungsberufs auswirken. Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle und Sozialministerin Christine Haderthauer haben deshalb in der Plenardebatte der letzten Woche klargestellt, dass die Förderung weiterhin essentiell wichtig ist und möglichst in der bisherigen Höhe bleiben wird. Die Details der künftigen Finanzierung müssen die beiden Häuser nun noch untereinander klären. Die Bedeutung der Ausbildung in der Pflege hatte die Sozialministerin beispielsweise auch bei ihrem Besuch im Pflegeheim Hebertshausen/Deutenhofen am 21. Mai herausgestrichen. Zu diesem Zweck hat das Sozialministerium auch eigens die Kampagne „Herzwerker“ zur Stärkung der sozialen Berufe in Bayern ins Leben gerufen. Näheres dazu findet sich im Internet unter <http://www.herzwerker.de>. Ich bin über die gefundene Lösung des Problems sehr erleichtert.

Über alle Fraktionen hinweg einstimmig hat sich das Plenum des Bayerischen Landtags für den Erhalt von Babyklappen und von Möglichkeiten der anonymen Kindesabgabe in Bayern ausgesprochen und sich dadurch in Gegensatz zu den Empfehlungen des Deutschen Ethikrates vom vergangenen November gesetzt. Als Sprecher für bioethische Fragestellungen der CSU-Landtagsfraktion konnte ich im Plenum die entsprechende Position der Fraktion formulieren. Lebensschutz muss vor Abstammungsdatenschutz gehen. Um ein Kinderleben zu retten, braucht es ein Bündel von Maßnahmen – in manchen Fällen hilft dabei nur noch die Möglichkeit der anonymen Kindesabgabe. Wer den Beitrag nachhören möchte, kann dies unter <http://www.bernhard-seidenath.de/video.php> (auf „49. Plenarsitzung“ klicken) tun.

Erfreulich sind einige Entscheidungen des Kultusministeriums in der jüngsten Vergangenheit. Für die Hauptschule Karlsfeld hat Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle ein so genanntes „9 plus 2-Modell“ genehmigt, in dem also – in Kooperation mit der Realschule Dachau – nach dem Hauptschulabschluss innerhalb von zwei Jahren der mittlere Schulabschluss erworben werden kann. Die Hauptschule Karlsfeld will zudem ihr Profil auf den Gebieten Musik und Sport deutlich schärfen und modellhaft ausbauen. Darüber hinaus hat das Kultusministerium im Landkreis Dachau ab dem kommenden Schuljahr 2010/11 an den Grundschulen Schwabhausen, Odelzhausen und Dachau-Augustensfeld und an der Hauptschule Karlsfeld jeweils einen neuen gebundenen Ganztagszug genehmigt. Dies halte ich für eine deutliche Aufwertung für die betroffenen Schulen, da dies insbesondere dem Bedürfnis vieler Eltern entspricht. Zudem kann dort noch vertiefter und intensiver Wissen vermittelt werden. Ich denke deshalb, dass Ganztagszüge künftig – auch an Grundschulen – immer bedeutender werden.

Diskutiert wurde intensiv auch über die künftige Förderhöhe für Photovoltaikanlagen. Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen im Erneuerbaren Energien-Gesetz (EEG) gehen den allermeisten Fraktionskollegen – so auch mir - zu weit. Weil die Solarindustrie in Bayern – und mit Phoenix Solar insbesondere auch in unserem Landkreis – sehr stark aufgestellt ist, geht es hier auch um Arbeitsplätze in unserem Land. Ministerpräsident Horst Seehofer hat vor der Fraktion angekündigt, dass er im gerade laufenden Vermittlungsausschuss-Verfahren von Bundesrat und Bundestag die Position der CSU in dieser Weise vertreten werde – gegen unverhältnismäßige Kürzungen, die unserer Solarindustrie die Luft abdrücken würden.

Zum Schluss ein Hinweis: Die Wirtschaftsjuvenoren Dachau laden für Donnerstag, 1. Juli, 19.30 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Zukunftsmodell Marktwirtschaft: Zwischen Neoliberalismus, sozialer Gerechtigkeit und Moral“ ein. Im Vortragsraum der Volksbank Raiffeisenbank Dachau, Augsburgs Straße 33 – 35, werden darüber vbw-Präsident Randolf Rodenstock und ich untereinander und mit den Anwesenden diskutieren. Der Eintritt ist zwar frei, eine Anmeldung aber erforderlich unter <http://www.wj-dachau.de>. Näheres geht aus dem Einladungsflyer hervor, den ich beigelegt habe. Ich würde mich freuen, wenn der ein oder andere von Ihnen/Euch dabei sein könnte.

So weit die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre – und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer



Bernhard Seidenath





WIRTSCHAFTSJUNIOREN  
DACHAU

[www.wj-dachau.de](http://www.wj-dachau.de)

# Zukunftsmodell Marktwirtschaft: Zwischen Neoliberalismus, Sozialer Gerechtigkeit und Moral

**Randolf Rodenstock**

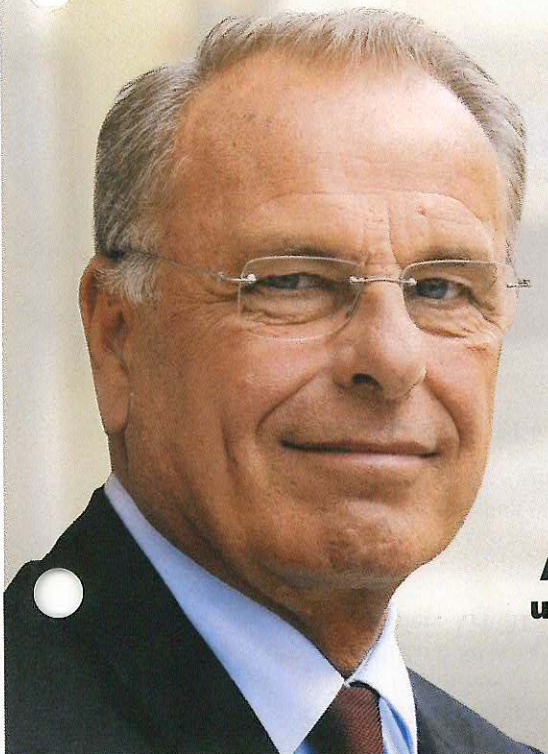
Roman-Herzog-Institut e.V., Vorstandsvorsitzender

„Wieviel Soziales verträgt  
die Marktwirtschaft?“

**Bernhard Seidenath**

Mitglied des Landtags

„Eine Chance auch und gerade  
in Krisenzeiten: Die soziale  
Verantwortung von Unternehmen“



**Eintritt frei**

Anmeldung erforderlich  
unter [www.wj-dachau.de](http://www.wj-dachau.de)

**Donnerstag**

**01.07.2010**

**Beginn 19.30 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr**

Die Veranstaltung wird unterstützt durch

ROMAN HERZOG INSTITUT

Parkmöglichkeiten in der  
Kundengarage der Volksbank

**Vortragsraum der Volksbank Raiffeisenbank Dachau,  
Augsburger Straße 33-25, 85221 Dachau**



## In Bayern genießt die Bildung Priorität

Der Freistaat Bayern unternimmt trotz des durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise verursachten Einbruchs der Steuereinnahmen **größte Anstrengungen, um die Rahmenbedingungen für die Bildung weiter zu verbessern**. So sind die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Bayern seit 2008 von knapp 14 Mrd. Euro auf über 15,7 Mrd. Euro gestiegen (entspricht einem Plus von 12,7 %). Der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt des Freistaats Bayern beträgt damit über 37 %.

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat die CSU-Fraktion ihr **Ziel bekräftigt, insbesondere für die Senkung der Klassenstärken, für den Ausbau der Ganztagsangebote und für die Verbesserung der individuellen Förderung bis 2013 jährlich 1.000 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen**. Dabei haben wir auch darauf hingewiesen, dass im **Doppelhaushalt 2009/2010 mit insgesamt über 2.700 zusätzli-**

**chen Lehrerplanstellen** die bisherigen Ausbauziele der Koalitionsvereinbarung bereits deutlich übertroffen wurden.

Bei den Klassenhöchststärken sind wir bereits auf einem guten Weg. So beträgt die **durchschnittliche Klassenstärke an Grundschulen inzwischen nur noch 22,5 und an Hauptschulen sogar nur 20,5 Schüler**. Auf einem ähnlich guten Weg sind wir im Bereich der **Ganztagsangebote**: So konnten **bis zum Schuljahr 2009/2010 insgesamt über 600 gebundene und über 1.000 offene Ganztagschulen** eingerichtet werden; außerdem besteht an rund 70 % der Grundschulen ein Angebot zur Mittagsbetreuung.

Dennoch sind **für das nächste Schuljahr bereits weitere Verbesserungen geplant**: So wird beispielsweise die **Klassenhöchststärke für die erste und zweite Grundschulklasse um jeweils einen Schüler gesenkt**.

## **Bayerische Asylpolitik zukunftsorientiert weiter entwickeln**

Die CSU-Fraktion hat wichtige **Verbesserungen bei der Unterbringung von Asylbewerbern** beschlossen. In einem Antrag haben wir die Staatsregierung aufgefordert, folgende Maßnahmen unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Gegebenheiten umzusetzen:

Für **Familien mit Kindern sowie Alleinerziehende mit Kindern** soll die **Verpflichtung, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, nach Abschluss des behördlichen Erstverfahrens** vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge **enden, sobald ein rechtliches oder faktisches Ausweisungs- oder Abschiebungshindernis besteht.**

In den **übrigen Fällen** wollen wir die **Höchstaufenthaltsdauer in einer Gemeinschaftsunterkunft auf vier Jahre nach Abschluss des behördlichen Erstverfahrens begrenzen.** Dies gilt aber nicht für Straftäter oder Personen, die über ihre Identität getäuscht haben.

Unabhängig von den dargestellten Grundsätzen sollen nach dem Willen der CSU-Fraktion **Ausnahmen von der Pflicht, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen, wie bisher gewährt** werden: Etwa wenn nach einer Einzelfallprüfung **dringende humanitäre Gründe** (z. B. schwere Erkrankungen) einen Auszug aus einer Gemeinschaftsunterkunft unumgänglich machen, eine **posttraumatische Belastungsstörung** nachgewiesen wurde oder der Leistungsberechtigte über ein so **hohes Erwerbseinkommen** oder Vermögen verfügt, dass er den gesamten Lebensunterhalt für sich und seine Familie alleine tragen kann.

Schließlich haben wir in dem Antrag begrüßt, dass das Sozialministerium für die **Verbesserung der räumlichen Situation in den Gemeinschaftsunterkünften** eintritt und sich Personen, die verpflichtet sind, darin zu wohnen, **künftig grundsätzlich im gesamten Regierungsbezirk und in den angrenzenden Landkreisen frei bewegen dürfen.**

## **Vergütung von Strom aus Photovoltaik-Anlagen auf Ackerflächen weiter ermöglichen**

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir die Staatsregierung aufgefordert, im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass der **Vermittlungsausschuss** zu den geplanten Änderungen der Einspeisevergütung für Photovoltaik-Anlagen an-

gerufen wird. Unser **Ziel** ist es, die **Vergütung von Strom aus Photovoltaik-Anlagen auf Ackerflächen auch künftig zu ermöglichen, wenn auch mit vergleichsweise geringeren Vergütungssätzen als auf Dachflächen.**

Diese Initiative war erfolgreich. Die Angelegenheit liegt derzeit dem Vermittlungsausschuss zur Beratung vor.

Außerdem haben wir in dem Dringlichkeitsantrag betont, dass die weitere

Ausgestaltung der Photovoltaikförderung so erfolgen soll, dass die Entwicklung der Photovoltaik in Bayern nicht beeinträchtigt wird und die Integration des Photovoltaik-Stroms in die Stromnetze gesichert bleibt.

### **Google Street View – Datenschutzrecht dem Internetzeitalter anpassen**

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir vor dem Hintergrund der aktuellen umfangreichen Datensammlung durch „**Google Street View**“ einen **Bericht darüber** verlangt, **ob das gültige Datenschutzrecht auch im Zeitalter des Internets geeignet ist, unsere Bürgerinnen und Bürger** wirksam vor Eingriffen privater Unternehmen in ihre Privat- oder Intimsphäre **zu schützen**.

Gegebenenfalls soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Arbeit von Google und anderer vergleichbarer Dienstleister national wie international von wirkungsvolleren gesetzlichen Regelungen flankiert wird, die es auch ermöglichen, bei Verstößen ausländische Unternehmen spürbar zu bestrafen.

### **Förderung von Kleinkläranlagen verlängern**

Die **Richtlinien für Zuwendungen zu Kleinkläranlagen** laufen zum **31.12.2010 aus**. Bis jetzt konnte damit die Nachrüstung von über 50.000 von insgesamt 100.000 Kleinkläranlagen in Bayern gefördert werden.

**Damit auch die übrigen Betreiber von Kleinkläranlagen in den Genuss einer Förderung** für ihren Beitrag zum Gewässerschutz **durch Nachrüstung ihrer Anlagen kommen können**, hat sich die CSU-Fraktion in einem **Dringlichkeitsantrag** dafür ausgesprochen,

**die Geltungsdauer** der genannten Richtlinien **letztmalig bis Ende 2014 zu verlängern**.

Bei der Höhe der Fördersätze sollen aber die zwischenzeitlich gesunkenen Anlagekosten berücksichtigt werden. Aus Gründen der Gleichberechtigung sehen wir es auch als notwendig an, diejenigen Anlagebesitzer, die sich erst jetzt zu einer Nachrüstung entscheiden, nicht besser zu stellen als die „Frühnachrüster“

### **Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes verbessern**

Das **Landesamt für Verfassungsschutz** leistet einen **wichtigen Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit des Freistaats Bayern**. Auf der anderen Seite sind **aber auch besondere Kontrollmechanismen unabdingbar**, weil Nachrichtendienste erheblich in Grundrechte der Betroffenen eingreifen können.

Im Bayerischen Landtag obliegt diese Kontrolle dem **Parlamentarischen Kontrollgremium**. **Dessen Informations- und Handlungsmöglichkeiten** will die CSU-Fraktion nun vor dem Hintergrund entsprechender bundesgesetzlicher Änderungen **verbessern**, ohne gleichzeitig die besondere Geheimhaltungsbedürftigkeit nachrichtendienstlicher Angelegenheiten zu relativieren.

Deshalb haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von FDP, SPD und der Freien Wähler einen **Gesetzentwurf** eingebracht, der dem Parlamentarischen Kontrollgremium insbesondere das Recht einräumt, **von der Staatsregierung Einsicht in die Akten** des Landesamts für Verfassungsschutz und **Zugang zu seinen Diensträumen** zu verlangen sowie Angehörige des Landesamts sowie die dafür zuständigen Mitglieder der Staatsregierung **zu befragen**. Darüber hinaus soll es den Bediensteten des Landesamts in Zukunft erlaubt sein, sich ohne Einhaltung des Dienstwegs an das Parlamentarische Kontrollgremium zu wenden.